

Antrag

der Abgeordneten Petr Bystron, Eugen Schmidt, René Springer, Matthias Moosdorf, Dr. Alexander Gauland, Tino Chrupalla, Markus Frohnmaier, Steffen Kotré und der Fraktion der AfD

Den Status als Dialogpartner in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) beantragen

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die multipolare Weltordnung nimmt zunehmend Gestalt an. Politische, militärische, ökonomische, technologische und politische Entwicklungen in Asien haben angesichts des anhaltenden wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und industriellen Aufschwungs in dieser Region nachhaltige Auswirkungen auf Deutschland und Europa. Es ist absehbar, dass sich diese Dynamik in den nächsten Jahrzehnten fortsetzen und Asien somit weiter an geopolitischer und geo-ökonomischer Bedeutung gewinnen wird.

Bei der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit handelt es sich um eine der wichtigsten internationalen Institutionen, deren Einfluss weit über die Region hinaus reicht. Die SOZ-Mitgliedstaaten streben eine multipolare Weltordnung an, in der sich kein Land zwischen Machtpolen entscheiden muss. Dieses Ziel liegt auch im außenpolitischen Interesse Deutschlands, da es die außenpolitische Manövrierfähigkeit Deutschlands erhöht. Innerhalb der Bundesregierung und auf EU-Ebene sind wegen der vielfältigen Anknüpfungspunkte verschiedene Arbeitseinheiten mit der SOZ befasst. Um mehr Informationen über sämtliche relevante Ereignisse innerhalb der SOZ zu erhalten, soll die Bundesrepublik Deutschland den Status als Dialogpartner bei der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) anstreben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

bei der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) für die Bundesrepublik Deutschland den Status als Dialogpartner zu beantragen.

Berlin, den 22. September 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit wurde 2001 gegründet und ist Nachfolger der Shanghai Five. 2001 mit sechs Mitgliedern gestartet, hat sich ihre Mitgliedschaft nach 2017 auf neun erhöht (China, Indien, Kasachstan, Kirgistan, Pakistan, Russland, Tadschikistan, Usbekistan und ab 2023 der Iran, vgl. <https://crp-infotec.de/organisationen-sco/>). Beobachterstatus haben derzeit die Mongolei, Afghanistan, Belarus und Iran. Neun Staaten (Aserbaidschan, Armenien, Kambodscha, Nepal, Türkei, Sri Lanka, Saudi-Arabien, Ägypten und Katar) hatten vor dem SCO-Gipfel im September 2022 in Samarkand den Status eines Dialogpartners (vgl. <https://www.bbc.com/zhongwen/simp/world-58596692>), darunter westliche Verbündete wie das NATO-Land Türkei, das auf dem Gipfel in Samarkand seinen Beitrittswunsch zur Organisation bekundet hat (vgl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus241128119/Kritik-an-der-Tuerkei-Es-muss-ueber-wirtschaftliche-Zwangsmassnahmen-nachgedacht-werden.html>). Zudem wurde der Beitrittsantrag Belarus gebilligt (vgl. <https://www.globaltimes.cn/page/202209/1275441.shtml>). Weitere Staaten wie u.a. die Vereinigten Arabischen Emirate, ein Verbündeter des Westens, haben seit dem Gipfel in Samarkand den Dialogpartnerstatus, womit die Zahl der Dialogpartner der SOZ auf insgesamt 14 gewachsen ist.

Die SOZ betont die nationale Souveränität und die Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten sowie Entscheidungen auf Konsens-Basis (im Gegensatz zum grassierenden Mehrheitsprinzip in der EU, das auf immer mehr Politikfelder inklusive der Außen- und Sicherheitspolitik ausgedehnt werden soll). Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit ist daher weder einseitig durch China noch durch Russland dominiert. Staaten, deren Beziehungen konfliktbehaftet sind (Pakistan und Indien bzw. Armenien und Aserbaidschan), sind entweder Mitglied oder durch den Status des Dialogpartners eng an die SOZ angebunden. Daher kann die SOZ auch ein wichtiges Forum für eine Friedenspolitik im Sinne der Beilegung von Konflikten, der gemeinsamen Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in und zwischen den Mitgliedsstaaten sowie der Stärkung der Kooperation von Politik, Handel, Wirtschaft und Energie sein. Auch sicherheitspolitisch arbeiten die Mitgliedsstaaten der SOZ eng zusammen. Hierzu gehört zum Beispiel die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und Drogenhandels, insbesondere seit dem Abzug der USA aus Afghanistan 2021 sowie die Durchführung von Militäroperationen. Die acht Mitgliedsstaaten der SOZ repräsentieren rund 40 Prozent der Weltbevölkerung. Das Gebiet der SOZ-Mitgliedsstaaten umfasst 80 Prozent der eurasischen Landmasse; ein Viertel des Weltbruttoinlandsproduktes wird in diesen Staaten erzeugt. Hier befinden sich fast die Hälfte der weltweiten Gasvorkommen sowie ein Fünftel der Erdölvorkommen der Welt.

Der Dialogpartnerstatus bei der SOZ ermöglicht Deutschland nicht nur einen direkten Blick auf die von der SOZ angestoßenen ökonomischen und (sicherheits)politischen Initiativen, sondern auch den unmittelbaren Gedankenaustausch mit den Teilnehmerstaaten der SOZ während der Beratungsphase zu diesen Initiativen. Nicht zuletzt könnte die SOZ einen Modellcharakter für eine internationale Organisation im 21. Jahrhundert haben, die auf Inklusion und nicht-hegemoniale Konsensfindung im Sinne einer friedlichen Konfliktbeilegung setzt.